

Parlamentarischer Rat

Hrsg.: Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages
Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit 5300 Bonn 12, Bundeshaus

Der Ahnherr unseres politischen Systems ist der parlamentarische Rat. Dabei wurde er eigentlich ohne eigenes Wollen zum Schöpfer der zweiten deutschen Demokratie. Die drei westlichen Alliierten befahlen im Jahre 1948 - und die deutschen Länder, die die einzige erkennbare politische Organisation in den westlichen Besatzungszonen darstellten, hatten zu gehorchen. Wie sich die Ratsmitglieder gegenseitig und den Umständen ein Grundgesetz ab Rahmen, zeigt dieser Abschnitt.

Das Jubiläum des Grundgesetzes am 24. Mai 1974 ist feierlicher begangen worden als seine Verabschiedung und seine Inkraftsetzung, das ist sicher. Keine an Schluck von stolz, wie er in der würdevollen Die BGedenkstunde im Bundestag war allen Parteien vertreten war, lag über jener Versammlung, die am 23. Mai 1949 an der gleichen Stelle zur Unterzeichnung des Grundgesetzes zusammengetreten war. Denn auf den Mitgliedern des parlamentarischen Rates, die sich anschickten, ihren Namen unter die Urschrift des Grundgesetzes zu schreiben, lastete Ungewißheit, Zweifel und Sorge. Nur als sie das Lied sangen «Ich hab' mich ergeben mit Herz und Hand», ging ein leichter pathetischer Schauer über die 65 beschließenden Ratsmitglieder und durch die Zuhörerreihen. «Ich hab' mich ergeben...» das hätte auch der Leitspruch während der insgesamt neun Monate der Beratungen über dieses Grundgesetz sein können. Streicht das, die am 1. September 1948 in Bonn begonnen hatten. **Denn die von den Parlamenten der Länder entsandten Männer und Frauen hatten sich in den Auftrag gefügt, die sie nicht von ihrem Volk, sondern von den drei westlichen Mächten, Amerika Großbritannien und Frankreich erhalten hatten.** Sie konnten nur nach bestem Wissen und Gewissen das Beste daraus machen.

Das neue Gebilde mußte demokratisch fest, aber dennoch nur ein Provisorium sein. Niemals ist unter ähnlich belastenden Bedingungen sowohl fremder Mächte als auch chaotischer Lebensumstände ein ähnlicher Versuch gemacht worden. Das Volk geschlagen, der Staat zerschlagen, aufgeteilt in vier Besatzungszonen und drei unter fremder Verwaltung gestellte Territorien (Ostpreußen russisch, die Oder-Neiße-Gebiete und Westpreußen polnisch, das Saarland französisch), eine infernalische Ruinenlandschaft, zerstörten Fabriken, entwurzelte, voneinander getrennte, über das Land zerstreute Familien - dies war die Masse, die es staatlich zu organisieren galt.

In den von Deutschland noch erkennbaren Reste nach 1945 gab es keine zentrale deutsche Regierungshoheit. Nur Ländergouvernements gab es. Aber alles abhängig vom Willen der Sieger. Besatzungsrecht galt. Der Übergang von Zone zur Zone war fast unmöglich gemacht. Und dazukamen unheilvolle Ahnungen über das künftige Schicksal der 50 Millionen hier lebenden Deutschen, zu denen täglich immer neue, aus ihrer Heimatvertriebene Menschen stießen. Die vier Sieger zerstritten sich, mitten in Deutschland ging herunter, was Winston Churchill in das einprägsame Bild «eiserner Vorhang» kleidete. Umrahmt, geächtet und verachtet, lebte das Volk ziellos, Objekt der Sieger. Alles, was Würde und Wert der Menschen ausmacht, waren sie los: Obdach, Heimat, Recht und Arbeit.

Schon im April 1948 beschlossen die Westmächte in London die Bildung eines westdeutschen Staates. Am 24. Juni verhängten die Sowjets ihre Blockade gegen West-Berlin, für den 1. Juli 1948 hatte der amerikanische General Lucius D. Clay die Regierungschefs der Länder zu sich nach Frankfurt bestellt, oder ihnen den Auftrag zur Staatsgründung gab. Betreten standen dar: Leo Wohllieb (CDU) für Baden; Lorenz Bock (CDU) für Württemberg-Hohenzollern; Reinhold Maier (FDP) für Württemberg-Baden; Hans Erhard (CSU) für Bayern; Wilhelm Kaisen (SPD) für Bremen; Max Brauer (SPD) für Hamburg; Christian Stock (SPD) für Hessen; Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) für Niedersachsen; Karl Arnold (CDU) für Nordrhein-Westfalen; Peter Altmeier (CDU) für Rheinland-Pfalz; Hermann Lüdemann (SPD) für Schleswig-Holstein. Sie nahmen entgegen, was als «*Frankfurter Dokumente*» Geschichte geworden ist.

Das erste Dokument war der Befehl, zum 1. September 1948 eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, deren Verfassungsentwurf vom deutschen Volke in einem Referendum anzunehmen oder abzulehnen sei. In einem zweiten Dokument wurde die Gliederung des neuen Staates in einen nicht mehr korrigierbaren Bundesstaat vorgeschrieben. Das dritte Dokument stellte für die Zeit nach der Staatsgründung ein Besatzungsstatut in Aussicht, in dem Rechte und Pflichten festgelegt würden - die Rechte der Sieger und die Pflichten der Besiegten. Darin wurde in Aussicht gestellt, was es enthielte: der neue Staat dürfe nach außen nur durch die Alliierten und zwar durch die zu bildende Hohe Kommission, vertreten werden. Der Außenhandel unterliege ihrer Kontrolle.

Als die Empfänger der Dokumente einhellig beklagten, daß in dem vorgesehenen Besatzungsstatut «dem deutschen Volke praktisch keine Rechte» eingeräumt seien, erklärte ihnen Clay lakonisch: «Es sind nur kleine Verbesserungen möglich.»

So unberührt die Öffentlichkeit von den schicksalhaften Ereignissen blieb - so geharnischt reagierten die Führer der Parteien. Konrad Adenauer für die CDU in der britisch besetzten Zone, Kurt Schumacher von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Franz Blücher von der Freien Demokratischen Partei und Max Reimann von der Kommunistischen Partei Deutschlands bäumten sich mit Protesten gegen die offenkundig zu befürchtenden Teilung Deutschlands auf. Der damalige Präsident des Wirtschaftsrates, der spätere erste Präsident des Deutschen Bundestages, *Dr. Erich Köhler*, erklärte: «Wir wollen weder eine westdeutsche Regierung noch eine Regierung der vereinigten Zonen, sondern eine deutsche Regierung mit dem Sitz in Frankfurt am Main.»

Doch Proteste, wie könnte es anders sein, nachdem die Interessenlage der drei Westmächte feststand, bewirkten nichts.

Ein groß gewachsener, hagerer Mann mit einem entschlossenen Auftreten wurde zum Präsidenten des parlamentarischen Rates gewählt: Konrad Adenauer.

Neben dieser Gestalt ragte eine zweite hervor, von falstaffscher Lebens- und Leibesfülle, ein Geist, wie es ihnen ein zweites Mal in dieser Versammlung und auch später in den Bundestagen nicht gab: *Carlo Schmid*, Vorsitzender des Hauptausschusses im parlamentarischen Rat, der eine Schlüsselrolle innehatte. Dieser Ausschuß formulierte das Grundgesetz.

Grundgesetz würde es fortan heißen - dank dieses Mannes der schon in Herrenchiemsee *ganz unerbittlich die Weigerung begründet hatte, das zu schaffende Werk Verfassung zu nennen*, der zu denen zählte, die den Widerstand gegen eine Volksabstimmung über die «Verfassung» organisierten. Nicht etwa deswegen, weil sie *gegen die Volksabstimmung* waren, sondern aus einem

ganzen hehren Grunde: eine Volksabstimmung hätte konstituierenden Charakter gehabt - es wäre daraus eine Abstimmung über einen eigenständigen Staat und über eine Nation geworden. Beides aber vertrug sich nicht mit jener von Carlo Schmid als Identitätstheorie vertretenen Anschauung: das Reich existierte fort, auch die Nation bestand weiter, und deshalb sollte kein neuer Staat gegründet, keine neue Nation geschaffen und keine Verfassung geschrieben werden. Eine politische Administration sollte ein Teil des Landes haben und dieser sollte sich auf eine Art Organisationsstatut stützen können, auf ein Grundgesetz.